

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2021

**DER DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung.....	4
B 142. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 24. – 27. Mai 2021 (virtuelle Sitzung).....	6
1. Allgemeines.....	6
2. Hauptthema der Versammlung: <i>Die Rolle der Parlamente bei der Bewältigung der aktuellen Pandemie und der Gestaltung einer besseren Zukunft.....</i>	7
C Sitzung des Interparlamentarischen Rates.....	8
1. Bericht und Vision des neuen IPU-Präsidenten.....	8
2. Bericht des Generalsekretärs über die Aktivitäten der IPU im Jahr 2020.....	8
3. Die finanzielle Lage der IPU	8
D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus.....	9
E 143. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 26. – 30. November 2021 in Madrid (Spanien).....	9
1. Allgemeines.....	9
2. Dringliches Nachtragstraktandum.....	9
3. Hauptthema der Versammlung: <i>Spaltungen überwinden und den Zusammenhalt stärken, um die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie zu bewältigen</i>	10
F Sitzung des Interparlamentarischen Rates.....	11
1. Genehmigung der neuen IPU-Strategie 2022 - 2026.....	11
2. Die Finanzielle Lage der IPU / Budget für das Jahr 2022.....	11
3. Politische Situation in gewissen Mitgliedsländern	11
G Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus.....	12

H	5. Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten vom 6. – 8. September 2021 in Wien.....	13
I	Nächste Versammlungen.....	14
J	Schlusswort.....	14

* * *

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveräner Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 179 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Ziele

- die Kontakte, die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten und deren Mitgliedern aller Länder zu fördern;
- Fragen von internationalem Interesse betreffend Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Frauen in der Politik, Bildung, Wissenschaft und Kultur zu erörtern, um dadurch einzelne Parlamente und Ratsmitglieder zu konkreten Massnahmen zu veranlassen;
- zur Förderung von Schutz und Achtung der Menschenrechte – ein zentraler Faktor für die parlamentarische Demokratie und die Entwicklung – und des humanitären Rechts beizutragen, insbesondere zum Schutz der Menschenrechte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier;
- zu einem besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen beizutragen und deren Entstehung und Fortbildung zu unterstützen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstattern/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (Beitrag Liechtensteins für das Jahr 2021 CHF 12'100, zusätzlich für die geopolitische Gruppe der Zwölf Plus EUR 536).

Das **Sekretariat der IPU** mit Sitz in Genf ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Gruppe der Zwölf Plus

Geopolitische Gruppierungen wurden erstmals Anfang der 1950er Jahre innerhalb der IPU gegründet. Ihr Zweck bestand ursprünglich darin, eine gerechte geografische Verteilung der Sitze im Exekutivkomitee der IPU und in anderen Gremien sicherzustellen. Im Laufe der Zeit haben sich ihre Rolle und Verantwortlichkeiten jedoch weiterentwickelt.

Heute spielen die sechs geopolitischen Gruppen eine wichtige Rolle für das Funktionieren der IPU. Sie bereiten Positionen zu Schlüsselthemen auf der Tagesordnung jeder Vollversammlung vor und koordinieren sie, prüfen freie Stellen in unseren Ausschüssen und Gruppen, beraten ihre Mitglieder und schlagen Kandidaten vor. Dadurch können sie eine faire Vertretung aller Teile der Welt innerhalb der IPU-Strukturen sicherstellen.

Die Gruppen führen Anhörungen mit Kandidaten für das IPU-Präsidium und den Posten des Generalsekretärs sowie bei Bedarf mit jedem anderen IPU-Beamten durch. Sie erleichtern auch Konsultationen zu Vorschlägen für Debatten und Entschliessungen zu Dringlichkeitsthemen während der Vollversammlungen und sind an der Gestaltung und Überprüfung der Umsetzung der wichtigsten Massnahmen beteiligt.

Der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus, zu der Liechtenstein zählt, gehören weiter folgende Länder an: Albanien, Andorra, Australien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Island, Israel, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Monaco, Montenegro, Neuseeland, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei, Ukraine, Ungarn und Zypern.

Vorsitzende ist seit 2020 Frau Arda Gerkens, erste Vizepräsidentin des Senats der Niederlande.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter)
- Landtagsabgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Sebastian Schädler (stv. Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Mario Wohlwend (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (verantwortliche Mitarbeiterin beim Parlamentsdienst)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste wurde vom 24. – 27. Mai aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie als virtuelle Sitzung durchgeführt, die zweite fand vom 26. – 30. November in Madrid statt. An beiden Sitzungen war die Delegation (Albert Frick und Dagmar Bühler-Nigsch) inkl. der verantwortlichen Mitarbeiterin des Parlamentsdienstes vertreten.

Kostenaufwand der Delegation per 2021

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder und Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 16'614.45.

B 142. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 24. – 27. Mai 2021 (virtuelle Sitzung)

1. Allgemeines

Aufgrund der zahlreichen coronabedingten Einschränkungen führte die Interparlamentarische Union ihre Frühjahrsversammlung 2021 online durch. Seit Belgrad (Oktober 2019) waren die Mitglieder der IPU nicht mehr zu einer Vollversammlung zusammengekommen, da die Veranstaltungen in Genf (April 2020) und in Kigali (Oktober 2020) abgesagt oder verschoben werden mussten. Die neu gewählten Mitglieder der liechtensteinischen IPU-Delegation sahen der bevorstehenden Versammlung somit mit grossem Interesse entgegen.

Die Versammlung wurde durch verschiedene Redner eröffnet. Der Präsident der IPU, Herr Duarte Pacheco, begrüsst die teilnehmenden 750 Abgeordneten aus 133 Ländern zur ersten virtuellen Sitzung, die je in der Geschichte der IPU durchgeführt wurde. Er wies darauf hin, dass die COVID-19-Pandemie Ursache für gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Krisen sei. Ausserdem habe sie die Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern vergrössert sowie den Fortschritt in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Jugendbeteiligung und Geschlechtergleichstellung zu einem abrupten Still-

stand gebracht. Frauen und Jugendliche seien unverhältnismässig stark von der Krise betroffen. Er rief dazu auf, dafür zu sorgen, dass entsprechende Hilfsmassnahmen die am schwersten betroffenen Gruppen erreichen und dass Impfungen, Tests und Behandlungen für alle erschwinglich und zugänglich sind. Eine Krise dieses Ausmasses erfordere eine globale Lösung, die am besten auf multilateralem Weg gefunden werden könne. Weitere Redner waren Frau Anuradha Gupta, stv. CEO von Gavi (Impfallianz, weltweit tätige öffentlich-private Partnerschaft mit Sitz in Genf), Herr Dr. Jomo Sundaram, ehemaliger Chef-Ökonom der UNO und prominenter Wissenschaftler und Dozent an der Columbia Universität und der Internationalen islamischen Universität in Malaysia, sowie Frau Helen Clark, frühere Premier-Ministerin von Neuseeland und Präsidentin des PMNCH Boards (Partnership for Maternal, Newborn & Child Health) sowie stv. Vorsitzende des Independent Panel for Pandemic Preparedness and Response.

2. Hauptthema der Versammlung: Die Rolle der Parlamente bei der Bewältigung der aktuellen Pandemie und der Gestaltung einer besseren Zukunft

Zu Beginn der interaktiven Debatte hatten die neu gewählten Präsidentinnen des Forums der Parlamentarierinnen, Frau Lesia Vasylenko aus der Ukraine, sowie des Forums der jungen Parlamentarier, Frau Sahar Albazar aus Ägypten, das Wort. Frau Vasylenko unterstrich die Bedeutung der Gleichberechtigung der Geschlechter sowohl in privaten wie auch in öffentlichen Bereichen – auch in Bezug auf die Coronapandemie. Sie war der Meinung, dass die Parlamente entsprechende Massnahmen umsetzen und so auch ein entsprechendes Vorbild sein sollten. Ebenso müssten die Parlamente ihre Bemühungen verstärken, um Gewalt gegen Frauen, welche in der Pandemie noch zugenommen hätte, zu verhindern resp. vorzubeugen. Frau Albazar berichtete über die letzten durchgeführten Projekte des Forums der jungen Parlamentarier, insbesondere über die Kampagne «*Say Yes to Youth in Parliament*». Bezugnehmend auf die Coronapandemie rief Frau Albazar die Parlamente auf, mehr Geld in die Bildung zu investieren und grössere Aufmerksamkeit auf die mentale und physische Gesundheit von jungen Menschen zu richten sowie deren Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu fördern. An der folgenden Debatte nahmen 56 Abgeordnete teil, zudem wurden 13 Videonachrichten gezeigt.

An der Versammlung wurden zwei Resolutionen verabschiedet. Der ständige Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit reichte eine Resolution betreffend die Strategien der Parlamente zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit angesichts der sich aus klimabedingten Katastrophen ergebenden Bedrohungen und Konflikte ein. Der ständige Ausschuss für nachhaltige Entwicklung wiederum legte der Versammlung eine Resolution vor, die einen stärkeren Einsatz der Digitalisierung und der Kreislaufwirtschaft zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele fordert.

Die verabschiedeten Resolutionen der 142. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<https://www.ipu.org/event/142nd-ipu-assembly#event-sub-page-23958/>

C Sitzung des Interparlamentarischen Rates

1. Bericht und Vision des neuen IPU-Präsidenten

Die Mitglieder des Interparlamentarischen Rates nahmen den Bericht des Präsidenten über seine Aktivitäten seit seiner Wahl im November 2020 sowie seine Zukunftsvision für die IPU zur Kenntnis. Der Präsident betonte, dass die Zusammenarbeit aller Gremien der IPU, insbesondere auch der Einbezug der geopolitischen Gruppen, seiner Meinung nach essentiell sei für das Funktionieren und die Umsetzung der Ziele der IPU. Hauptpunkte seiner Vision sind: Konsolidierung der Grundlagen für gutes Führungsverhalten, die Sichtbarkeit und den Status der IPU als einen wichtigen Akteur auf der internationalen Bühne verbessern, demokratische Grundlagen und Menschenrechte in allen Regionen der Welt verstärken, Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die Jugend in der Politik fördern und die weltweite Mitgliedschaft aller Länder bei der IPU voranbringen. Die IPU arbeite unermüdlich daran, eines ihrer wichtigsten strategischen Ziele zu erreichen, nämlich eine universelle Organisation zu werden. Zwischen 2010 und heute sei die Zahl der IPU-Mitgliedsparlamente von 155 auf 179 angewachsen. Die USA (Gründungsmitglied der IPU) sind noch immer die grossen Abwesenden, weshalb beschlossen wurde, die Gespräche über eine Mitgliedschaft in naher Zukunft wieder aufzunehmen. Der IPU-Präsident und der IPU-Generalsekretär sowie die Mitglieder des IPU-Exekutivkomitees richteten im Januar bzw. im März 2021 ein Schreiben an die Vorsitzenden des Repräsentantenhauses und des Senats der USA, in denen sie die zahlreichen Vorteile einer erneuten Mitgliedschaft in der IPU hervorhoben.

2. Bericht des Generalsekretärs über die Aktivitäten der IPU im Jahr 2020

Der Interparlamentarische Rat nahm den jährlichen Bericht des Generalsekretärs über die Aktivitäten der IPU im Jahr 2020 zur Kenntnis. Dieses war geprägt vom Wechsel der Präsidentschaft sowie zahlreichen virtuellen Meetings, die aufgrund der Restriktionen der Coronapandemie nicht physisch durchgeführt werden konnten. Weiter wurden an der Sitzung zahlreiche vakante Posten im Komitee für den Schutz der Menschenrechte sowie im Komitee zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus neu besetzt.

3. Die finanzielle Lage der IPU

Die Finanzergebnisse des Jahres 2020 wurden von Frau C. Widegren aus Schweden, Vorsitzende des Finanzausschusses, präsentiert. Die Prüfung durch den externen Revisor verlief positiv. Aufgrund fehlender Reisetätigkeiten innerhalb der IPU wegen der Coronapandemie sei das Nettovermögen um CHF 1.7 Mio. angestiegen. Die Performance der Vermögensanlagen konnte Ende 2020 nach einer schwierigen Phase doch noch positiv abgeschlossen werden und die Kapitalanlagen hätten anfangs 2021 wieder zu steigen begonnen. Frau Widegren machte weiter Ausführungen zu den noch ausstehenden Mitgliederbeiträgen, welche im letzten Jahr zugenommen hätten. Die IPU stehe aber gesamthaft finanziell sehr gut da.

D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus hielt am 26. April und am 21. Mai 2021 je eine virtuelle Sitzung ab. Es wurden u.a. folgende Traktandenpunkte behandelt:

- a) Berichte diverser Arbeitsgruppen
- b) Wahlen von 12+-Mitgliedern in verschiedene IPU-Komitees
- c) Finanzielle Situation der 12+
- d) Div. Schreiben von 12+-Mitgliedern
- e) Stellungnahme bez. Sanktionen gegen Parlamentsmitglieder durch China
- f) Stellungnahme bez. aktuelle Situation in Myanmar

E 143. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 26. – 30. November 2021 in Madrid (Spanien)

1. Allgemeines

Die Eröffnungsfeier der 143. IPU-Versammlung fand am 26. November 2021 in Anwesenheit seiner Majestät König Felipe VI von Spanien statt. In seiner Eröffnungsrede bekundete er seine Anteilnahme über den Tod der vielen Menschen, die aufgrund der COVID-19-Pandemie in den letzten 2 Jahren verstorben sind. Spanien freue sich, Gastgeber dieser Versammlung zu sein und er versprach, dass sein Land alles tun werde, um eine sichere Konferenz durchzuführen. Spanien sei die Wiege des Parlamentarismus. Der Dialog zwischen den Vertretern der Länder und Institutionen sei die Basis für eine friedliche Welt. Dies sei auch das Ziel der Gründer der IPU gewesen. Weitere Rednerinnen und Redner wie Frau Isabel Diaz Ayuso, Bürgermeisterin von Madrid, Herr Ander Gil García, Präsident des spanischen Senats sowie Frau Meritxell Batet Lamaña, Präsidentin des spanischen Kongresses ergriffen das Wort. Zudem sprachen Herr Abdulla Shahid, Präsident der UNO-Generalversammlung sowie Herr António Guterres, Generalsekretär der UNO, in Videonachrichten zu den Anwesenden.

Delegationen von 117 Mitgliedsparlamenten nahmen an der Versammlung teil.

2. Dringliches Nachtragstraktandum

Folgende Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *Global parliamentary support for the humanitarian situation of the Palestinians*, vorgeschlagen von Indonesien
- *Stopping human trafficking, halting human rights abuses and working towards free and fair elections in Belarus*, vorgeschlagen von Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Polen, der Ukraine und Grossbritannien

- *Impetus to regional development of countries with high levels of international migration*, vorgeschlagen von Mexiko
- *The vital necessity of ensuring uninterrupted parliamentary activities during pandemics*, vorgeschlagen von Russland
- *Harnessing global parliamentary support for vaccine equity in the fight against the COVID-19 pandemic*, vorgeschlagen von der geopolitischen Gruppierung der afrikanischen Länder.

Nachdem die verschiedenen Gruppierungen ihre Vorschläge präsentiert hatten, wurden die ersten vier Anträge zugunsten des Vorschlags der *African Group* zurückgezogen, weshalb dieser als dringlich in die Traktandenliste aufgenommen wurde.

Beratung des dringlichen Nachtragstraktandums

Alle 13 Sprecher, die hierzu das Wort ergriffen, sicherten ihre Unterstützung in diesem Bereich zu und unterstrichen die diesbezügliche Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität, damit ein gerechter und universeller Zugang zu sicheren, erschwinglichen und wirksamen Impfstoffen, insbesondere in den Entwicklungsländern, gewährleistet werden kann. Herr J.K. Mhagama aus Tansania, Urheber des Vorschlags der *African Group*, bedankte sich am Schluss der Debatte für die Unterstützung und wies nochmals auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hin.

Es wurde beschlossen, dass ein Komitee, bestehend aus Belgien, Deutschland, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, den Seychellen, Tansania, Uruguay und Sambia eine entsprechende Resolution ausarbeitet. Diese wurde dann am 29. November 2021 von der Versammlung verabschiedet.

[Die Resolution ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

3. Hauptthema der Versammlung: Spaltungen überwinden und den Zusammenhalt stärken, um die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie zu bewältigen

110 Abgeordnete inkl. 31 Präsidenten aus 92 Parlamenten meldeten sich im Laufe der dreitägigen Debatte zu Wort. Angesichts des schwindenden Vertrauens der Öffentlichkeit in politische Systeme, der zunehmenden Polarisierung und der Verbreitung von Desinformationen über soziale Medien wurde diskutiert, was Parlamente tun können, um diese Probleme zu lösen. Auch Landtagspräsident Albert Frick ging in seiner Rede auf die Gefahren ein, die durch die heute mögliche schnelle und kostenlose Verbreitung von Gedankengut von niederschwelligem Wahrheitsgehalt entstehen können.

Am Ende der Versammlung stellte Frau A. Gerken, Vizepräsidentin des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte eine Resolution über die weltweit verabschiedeten Gesetze zur Bekämpfung von sexueller Ausbeutung und Gewalt, denen Kinder im Internet zum Opfer fallen, vor. Diese wurde einstimmig von der Versammlung angenommen.

[Die Resolution ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

F Sitzung des Interparlamentarischen Rates

[Einleitend gilt es festzuhalten, dass an der Sitzung des Interparlamentarischen Rates eine Vielzahl verschiedenster Themen beraten wurde. Die Aufzeichnung aller dieser Themen würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Nachstehend sind daher die nach Sicht der Delegation wesentlichsten Themen aufgeführt.]

1. Genehmigung der neuen IPU-Strategie 2022 - 2026

Die neue IPU-Strategie 2022 – 2026 wurde am 30. November 2021 nach einem langen Vorbereitungsprozess durch das Exekutivkomitee vom Interparlamentarischen Rat einstimmig genehmigt, nachdem sie im Vorfeld in den geopolitischen Gruppen und anderen IPU-Gremien ausgiebig diskutiert wurde. Die Strategie beinhaltet fünf strategische Ziele, zudem wurden die folgenden vier Schwerpunkte für die kommenden fünf Jahre beschlossen:

- Bekämpfung des Klimawandels
- Demokratie, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit
- Frieden und Sicherheit
- Nachhaltige Entwicklung

2. Die Finanzielle Lage der IPU / Budget für das Jahr 2022

Dem Interparlamentarischen Rat wurde ein Bericht über die aktuelle finanzielle Situation der IPU vorgelegt. Acht Mitglieder-Parlamente und zwei Partnerorganisationen haben seit drei Jahren keine Beiträge mehr entrichtet, was zur Folge hat, dass ihre Mitgliedsrechte ausser Kraft treten. Fünf Mitgliedsländer und zwei Partnerorganisationen sind seit zwei Jahren mit ihren Beiträgen im Rückstand, was Auswirkungen auf ihre Stimmberechtigung hat. Der Generalsekretär teilte mit, dass er in engem Austausch mit all diesen Mitgliedern stehe, um baldmöglichst eine Lösung zu finden. Die allgemeine finanzielle Situation der IPU sei jedoch stabil und ausgeglichen. Ein detaillierter Bericht mit der Auflistung aller Einnahmen und Ausgaben werde bis Ende Jahr vorliegen.

Der Budgetentwurf für das Jahr 2022 wurde von Frau C. Widegren, Vorsitzende des Finanzausschusses, vorgestellt. Sie wies darauf hin, dass die Mitgliederbeiträge seit 2007 nicht mehr erhöht wurden. Das IPU-Sekretariat bemühe sich sehr, die laufenden Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Es sei jedoch unumgänglich, für die nächsten Jahre eine Erhöhung der Beiträge ins Auge zu fassen. Erfreulich sei, dass ein Viertel des Budgets für das kommende Jahr durch Spenden abgedeckt werden könne. Das Budget für das Jahr 2022 wurde schliesslich genehmigt.

3. Politische Situation in gewissen Mitgliedsländern

Der Interparlamentarische Rat wurde über die aktuelle Situation in gewissen Mitgliedsländern in Kenntnis gesetzt und befürwortete die entsprechenden Empfehlungen des Exekutivkomitees, insbesondere bezüglich Afghanistan, Myanmar und Venezuela. Im Falle **Afghanistans** drückte der Interparlamentarische Rat sein tiefes Bedauern über den kontinuierlichen Angriff auf die Menschenrechte des afghanischen Volkes, insbesondere

von Frauen, Mädchen und Kindern aus. Er appellierte daher an die Parlamente, die Bemühungen zu verstärken, damit insbesondere auch die Parlamentarierinnen und ihre Familien geschützt werden. Eine der vorgeschlagenen Massnahmen sei die Schaffung eines humanitären Korridors, um Menschen aus Afghanistan die Einreise in sichere Länder zu ermöglichen. Ebenso solle ein IPU-Projekt gestartet werden, um aktuelle Informationen aus erster Hand zu erhalten. Die Situation im Land werde laufend beobachtet. Ebenso wurde eine Stellungnahme verfasst, in der die IPU ihre Besorgnis über die Notlage der afghanischen Parlamentarier – insbesondere der Frauen – zum Ausdruck bringt. Es wurden Bemühungen unternommen, um Parlamentarier, deren Leben in Gefahr ist, in sichere Zufluchtsorte zu bringen. Ein konstruktiver Dialog mit den neuen Obrigkeiten des Landes gestalte sich jedoch schwierig.

Bezüglich **Myanmar** pflichtete der Interparlamentarische Rat der Empfehlung des Exekutivkomitees bei, das «*Committee Representing Pyidaungsu Hluttaw (CRPHH)*» als den legitimen Vertreter der IPU bzw. Gesprächspartner weiterhin anzuerkennen, um die weiteren Entwicklungen in Myanmar im Auge zu behalten und nach neuen Möglichkeiten für einen politischen Dialog zu suchen.

Betreffend **Venezuela** stimmte der Interparlamentarische Rat der Empfehlung des Exekutivkomitees zu, einen Entscheid über den Status von Venezuelas Mitgliedschaft in der IPU zu verschieben, bis weitere Beratungen als Nachgang zum Besuch der IPU im August 2021 in Venezuela stattgefunden haben und der Dialog mit den zuständigen Gremien weitergeführt wurde.

Der Interparlamentarische Rat folgte auch der Empfehlung des Exekutivkomitees, **Sudan** als Mitglied der IPU auszuschliessen, da derzeit in diesem Land kein Parlament existiere und es auch keine Anzeichen gebe, dass ein solches in naher Zukunft geschaffen werde. Die IPU in ihrer Rolle als Förderin des weltweiten Friedens werde auch weiterhin mit Krisenländern den politischen Dialog suchen und entsprechende Initiativen ergreifen, um Teil möglicher Lösungen zu sein.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 143. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<https://www.ipu.org/event/143rd-assembly-and-related-meetings#event-sub-page-25153/>

G Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus hielt im Vorfeld der Konferenz am 22. November 2021 eine virtuelle Sitzung ab, um gewisse Themen vorzubesprechen sowie die Kandidaten für die offenen Positionen bei den div. IPU-Komitees zu wählen. Sie tagte zudem physisch jeweils am 25., 27., 28. und 29. November 2021 und behandelte u.a. folgende Traktandenpunkte:

- a) Genehmigung der neuen IPU-Strategie 2022 - 2026
- b) Finanzielle Situation der IPU / Budget 2022
- c) Wahlen in verschiedene IPU-Komitees
- d) Dringliches Nachtragstraktandum
- e) Berichte diverser Arbeitsgruppen
- f) Aktuelle finanzielle Situation der Gruppe der 12+

H 5. Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten vom 6. – 8. September 2021 in Wien

Die fünfte Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten, die weltweit grösste Versammlung der höchsten Vertreter der Parlamente, fand vom 6. – 8. September 2021 in Wien statt. Organisiert von der IPU und dem österreichischen Parlament in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen war dies die Fortsetzung einer im August 2020 durchgeführten virtuellen Konferenz. Über 100 Parlamentspräsidenten aus der ganzen Welt nahmen an dieser erstmals wieder physisch durchgeführten IPU-Veranstaltung seit Beginn der COVID-19-Pandemie teil.

Das übergeordnete Thema der Konferenz war die *«Parlamentarische Führung für einen effektiveren Multilateralismus, der Frieden und nachhaltige Entwicklung für die Menschen und den Planeten schafft»*. Die Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten konzentrierten sich vor allem auf aktuelle Themen, die dringende internationale parlamentarische Maßnahmen erfordern, darunter die globale Reaktion auf die Pandemie und die Erholung nach COVID, den Klimanotstand, die Beteiligung junger Menschen an der Politik und die Gleichstellung der Geschlechter.

Zur Eröffnung der Konferenz machten Duarte Pacheco, Präsident der Interparlamentarischen Union, Wolfgang Sobotka, Präsident des Österreichischen Nationalrats, Peter Raggl, Präsident des österreichischen Bundesrates, Tone Wilhelmsen Trøen, Sprecher des norwegischen Storting und Abdulla Shahid, 76. Präsidentin der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Ausführungen zu den erwähnten Themen. Danach fiel dem Delegationsleiter, Landtagspräsident Albert Frick, die Ehre zu, sich als erster Redner aus dem Plenum an die Konferenz zu wenden. Er nutzte die Konferenz auch zu zahlreichen bilateralen Gesprächen, u.a. mit den Präsidenten unserer Nachbarstaaten sowie mit denjenigen der EWR Partnerstaaten, der Europäischen Kleinstaaten und mit Vertretern weiterer Länder.

Die Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten findet alle fünf Jahre statt. Ihr Ziel ist es, die parlamentarische Arbeit im globalen Kontext zu stärken. Liechtenstein war durch den Delegationsleiter sowie Gabriele Wachter vom Parlamentsdienst vertreten. Die Gesamtkosten für diesen Anlass beliefen sich auf CHF 6'605.

I Nächste Versammlungen

- 144. IPU-Versammlung: 20. – 24. März 2022 in Bali (Indonesien)
- 145. IPU-Versammlung: 19. – 23. Oktober 2022 in Kigali (Ruanda)

J Schlusswort

Es ist für die Souveränität unseres Landes von grosser Bedeutung, im Kreise der Parlamente der internationalen Staatengemeinschaft eine Stimme zu haben und als eigenständiges Staatswesen mit weitreichenden demokratischen Mitbestimmungsrechten der Bevölkerung wahrgenommen zu werden. Es ist das Bestreben unserer Delegation, durch aktive Mitwirkung unser Land gut zu vertreten und über gute Vernetzung das Gedankengut der freiheitlichen Gesellschaften zu unterstützen. Die Internationale Parlamentarische Union bietet dafür eine einflussreiche und geeignete Plattform.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meiner Delegationskollegin Dagmar Bühler-Nigsch und der verantwortlichen Mitarbeiterin des Parlamentsdienstes, Gabriele Wachter, für die angenehme und sehr gute Zusammenarbeit bedanken.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2021 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Albert Frick

Schaan, im Januar 2022



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

143rd IPU Assembly

Madrid, Spain
26-30 November 2021



Harnessing global parliamentary support for vaccine equity in the fight against the COVID-19 pandemic

*Resolution adopted unanimously by the 143rd IPU Assembly
(Madrid, 29 November 2021)*

The 143rd Assembly of the Inter-Parliamentary Union,

Welcoming the UN Security Council Resolution 2565 (2021) adopted on 26 February 2021,

Recalling that the right to the enjoyment of the highest attainable standard of physical, mental and social health and well-being is a fundamental human right enshrined in Article 25 of the Universal Declaration of Human Rights, the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, Sustainable Development Goal 3, the Constitution of the World Health Organization, the majority of national constitutions and other international treaties and agreements to which the IPU Members are signatories,

Also recalling that this right is accorded to all human beings regardless of race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, disability, birth or other status,

Cognizant that, on 23 September 2019, world leaders endorsed a comprehensive political declaration on health at the UN High-Level Meeting on Universal Health Coverage under the theme *Universal Health Coverage: Moving Together to Build a Healthier World* in which they undertook to co-operate in strengthening health systems to ensure that they are equitable, resilient and capable of meeting everyone's needs as an essential priority for international development,

Mindful that, at the 141st IPU Assembly held in Belgrade, Serbia in October 2019, the IPU adopted a landmark resolution entitled *Achieving Universal Health Coverage by 2030: The role of parliaments in ensuring the right to health* calling for parliaments to take all legal and policy measures to achieve Universal Health Coverage and address barriers to access to health for all,

Noting that the COVID-19 pandemic has been an ongoing moment of reckoning for health systems and health security around the world, as well as to our commitment in both word and deed to achieving Universal Health Coverage and addressing barriers to access to health for all in such times of crisis,

Recognizing that vaccination is part of a comprehensive strategy to reduce transmission and save lives and is among the most important tools in the fight against the pandemic, and reaffirming that extensive COVID-19 immunization is a global public good,

Welcoming the fact that the COVID-19 Vaccines Global Access (COVAX) initiative has already delivered more than 550 million vaccine doses to low and lower-middle income countries, including substantial amounts of vaccine donations from high income countries, and has secured enough vaccines to cover 43 per cent of the populations concerned,

Concerned that prolonged delays in the recognition and registration of vaccines complicate the health and developmental crisis, economic downturn and suffering occasioned by the COVID-19 pandemic in Africa and other regions among those most affected, and that vaccine inequality translates into social and economic inequality resulting in more fatalities and increased poverty,

Therefore the 143rd Assembly:

1. *Calls upon* the international community and the WHO to further advance joint efforts to ensure timely, equitable and universal access to safe, affordable, quality and effective vaccines, with particular regard to the needs of low and middle income countries and the most affected regions;
2. *Calls upon* countries to recognize the importance of the principle of equity, meaning that each person must be vaccinated in accordance with their level of risk and needs, and to ensure that that principle be reflected at the national and global levels with respect to access to essential vaccines;
3. *Encourages* vaccine manufacturers to provide regular, clear supply forecasts as to how they will fulfil and prioritize their contracts with COVAX and other relevant regional initiatives;
4. *Also encourages* vaccine manufacturers to enhance the production of vaccines by using flexible cooperation models such as building up fill and finish production capacities, technology partnerships and licensing activities;
5. *Calls upon* governments to harmonize all regulatory requirements to accelerate the supply of vaccines, and provide the logistics and training for implementing large-scale vaccination programmes;
6. *Implores* parliamentarians to work with their national governments to exert a global and collective influence on the WTO to eliminate all export restrictions and any other trade barriers on COVID-19 vaccines and the inputs involved in their production;
7. *Insists* on the fact that both national and international efforts to raise awareness regarding the effectiveness of vaccines, to engage communities and to reduce vaccine hesitancy are indispensable to attain a sufficient degree of immunization around the world and that considerably more efforts in this field are required.



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

143rd IPU Assembly

Madrid, Spain
26-30 November 2021

143rd
IPU
Assembly
— Madrid, Spain —
26-30 November 2021



Legislation worldwide to combat online child sexual exploitation and abuse

*Resolution adopted unanimously by the 143rd IPU Assembly
(Madrid, 30 November 2021)*

The 143rd Assembly of the Inter-Parliamentary Union,

Condemning all forms of online child sexual exploitation and abuse,

Recalling the universally accepted UN Convention on the Rights of the Child and its Optional Protocol on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography, the Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, Especially Women and Children, supplementing the UN Convention against Transnational Organized Crime, as well as the UN Committee on the Rights of the Child's Guidelines regarding the implementation of the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography,

Also recalling the Council of Europe's widely recognized Convention on the Protection of Children against Sexual Exploitation and Sexual Abuse (the "Lanzarote Convention"),

Further recalling in particular Article 19 of the Convention on the Rights of the Child on the protection of children from all forms of violence, injury, neglect, exploitation and abuse, including sexual abuse,

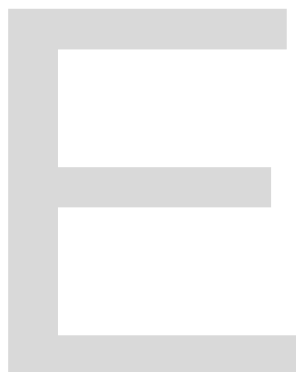
Reaffirming that the general principles of the Convention on the Rights of the Child, including the best interests of the child, non-discrimination, participation, survival and development, provide the framework for all actions concerning children,

Noting that the sale, trafficking and online child sexual exploitation and abuse is a growing and international concern that needs cross-border collaboration and coordination, and acknowledging that the fight against it has to be a high-priority global initiative,

Acknowledging the necessity of a multifaceted approach to effectively prevent and combat online child sexual exploitation and abuse on all levels in order to protect children from such exploitation in the first place,

Bearing in mind the lack of a sufficient legal framework, specifically legal provisions criminalizing all forms of online child sexual exploitation and abuse, budget, technical expertise and workforce in many States to effectively combat online child sexual exploitation and abuse,

Recognizing the importance of creating awareness about the preventive measures and harmful effects of online child sexual exploitation and abuse in the eyes of the public, particularly parents, teachers, children and community leaders, legislatures, law enforcement agencies and all other relevant policymakers,



#IPU143

Considering that children's voices are in general little or badly considered, and that law enforcement agents and judges are still poorly or not at all informed about cases of online sexual exploitation and abuse children can be victims of,

Acknowledging the importance of relevant (sexual) education programmes, communication campaigns and media literacy as a basis for prevention in any cultural milieu, as well as education on the role that increased digital capabilities play in increasing the vulnerability of victims and facilitating perpetrators of online child sexual exploitation and abuse,

Recognizing the importance of information and communications technologies in children's lives as a new tool for learning, socialization, expression, inclusion and fulfilment of the rights of the child and fundamental freedoms, such as the right to education and the right to freedom of expression,

Deeply concerned by risks of new and evolving forms of violence against children, child sexual abuse and exploitation, which are related to the use of information and communications technologies, and by cyber-bullying,

Noting the precarious situation of the child in cases of online child sexual exploitation and abuse and the importance of a victim-centred approach when combatting online child sexual exploitation and abuse, as well as child-centred rehabilitation processes,

Considering that it often takes minors who are victims of sexual abuse, either by direct or online exploitation, many years before they talk, if at all, about what they had gone through, and even longer before taking any legal steps,

Mindful that, although girls seem to be the main victims of online child sexual exploitation and abuse, many boys are affected as well, and both must be approached differently in terms of prevention programmes and financing,

Conscious that child exploitation is also a commercial act and may thus be driven by economic motivations,

Noting that the fight against online child sexual exploitation and abuse is complicated by the increased access to the internet, fast-moving new technologies such as cryptocurrencies and Blockchain, with their untraceable nature in the commercial sale of child exploitation materials, the number of online platforms and apps, as well as anonymous features of platforms, which have made it harder to target perpetrators,

Stressing the importance of cross-sector, multi-disciplinary and international collaboration in the strategy to combat online child sexual exploitation and abuse, and recognizing the existing work of organizations such as INTERPOL and the International Telecommunication Union,

Underlining the corporate social responsibility that private sector information and communications technology companies must take for combatting, preventing and monitoring online child sexual exploitation and abuse,

1. *Urges* those parliaments that have not yet done so to consider ratifying the Optional Protocol on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography, and the Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, Especially Women and Children;
2. *Urges* parliaments to adopt specific, comprehensive and harmonized legal frameworks to introduce national online child sexual exploitation and abuse laws, considering the WeProtect Global Alliance's Model National Response as the guiding model for legislation while maintaining protection of freedom of expression, to increase resources allocated to this work and to exchange among themselves good practices in this regard;

3. *Underlines* that such a legal framework should protect all children under the age of 18 regardless of a lower age of consent for sexual activity, and stipulate that a child cannot be considered as able to consent to engage in online child sexual exploitation and abuse, and should include provisions to avoid re-traumatization and re-victimization of victims throughout the investigative and judicial proceedings;
4. *Urges* parliaments to ensure that the national legal framework includes complete definitions and criminalization of all forms of online sexual exploitation and abuse of children for financial gain, and of the production, possession, and distribution of child sexual abuse materials along with repeated access to websites containing such images; also, legislation must consider online sexual offences against children as an extraditable offence and must establish a legal basis for mutual legal assistance between States in respect of the investigation of online offences;
5. *Also urges* parliaments to ensure that cross-border cooperation and coordination between law enforcement authorities is established to prevent known perpetrators from committing abuse in other countries, taking into account existing efforts involving INTERPOL, the International Telecommunication Union and other international organizations;
6. *Calls upon* members of parliament to emphasize the need for rapid and effective international cooperation and law enforcement responses, such as removing hurdles preventing law enforcement agencies from sharing vital information, and to address the growing illegal usage of cryptocurrencies to trade in child sexual exploitation material;
7. *Emphasizes* the importance of a strategic private sector commitment to cooperation with law enforcement agencies including in the reporting, prevention, detection, investigation, and prosecution of online child sexual exploitation and abuse offenders, and of strengthening and equipping law enforcement agencies and the justice system to ensure a child-friendly system, including specialized training in the detection and investigation of crimes against children, as well as specialized treatment, care and interview of child victims;
8. *Urges* parliaments to ensure that technology companies commit to increase the transparency and accountability measures in the prevention, moderation, reporting and removal of online child sexual exploitation and abuse, including a safety by design approach;
9. *Also urges* parliaments to develop thorough infrastructure, including trained medical professionals, to support victims of online child sexual exploitation, abuse and blackmail in their physical and psychological recovery and social integration, whilst ensuring a healthy and supportive reporting environment in their State, avoiding the re-victimization of girls, boys and adolescents who have been victims of online sexual exploitation and abuse, and ensuring sufficient financial and human resources for, inter alia, educational programmes that are also accessible to children with disabilities, hotlines for low-threshold reporting of suspected child sexual abuse material and victim helplines;
10. *Further urges* parliaments to promote media literacy for children, parents and guardians to build knowledge and skills in using media and thus provide protection to children and young people;
11. *Urges* parliaments to ensure that measures to prevent and combat online child sexual exploitation and abuse take into account the differentiated needs and experiences of children according to their age and sex, including by ensuring their participation in the development of such measures;

12. *Calls on* the IPU to draft a model law for States and formalize, in the best interests of the child, clear legislation on combatting online child sexual exploitation and abuse, where children's rights, education, voices, needs and security should take centre stage in any proceedings that affect their wellbeing;
13. *Also calls on* the IPU to prepare a parliamentary guide that sets out clear working mechanisms for parliaments and to discuss legislation on combatting online exploitation and sexual abuse of children; moreover, the guide shall include oversight tools to monitor public policies on the protection of children and include specific mechanisms of action that are compatible with parliaments in different regions of the world;
14. *Recognizes* the active role of men and boys as strategic partners and allies in changing norms and practices that motivate all forms of gender-based violence, including online child sexual exploitation and abuse;
15. *Requests* parliaments to undertake to promote, by all means necessary, the need for professionals surrounding children to identify the violence committed against them, and to mobilize these professionals to this effect, namely by providing training to detect such violence and by making available resources for and advice on the transmission and reporting of such alarming information;
16. *Emphasizes* that children should never be blamed for abuse and that victim blaming should be prevented by all possible means;
17. *Underlines* the importance of the role of poverty, inequitable socio-economic structures, lack of education, gender discrimination, harmful traditional practices in online child sexual exploitation and abuse, and emphasizes the importance of the economic empowerment of women, and therefore calls for intensifying the international community's efforts to combat poverty as an important entry point to combatting such crimes;
18. *Calls on* parliaments to legislate that companies in the digital industry develop programmes and mechanisms to automatically identify and report any harmful content related to online child sexual exploitation and abuse and are obliged to detect and delete this content immediately;
19. *Also calls on* parliaments to facilitate automated detection methods while ensuring respect for personal integrity, bearing in mind Article 16 of the Convention on the Rights of the Child on the right to privacy, and also Article 17 of the International Covenant on the Civil and Political Rights, which provides for the right to privacy and family;
20. *Calls on* parliaments, law enforcement agencies, internet service providers and internet infrastructure officials, including the Internet Governance Forum, to unite and work together to establish a specific and effective mechanism that combats all malicious activities online;
21. *Emphasizes* the need for sustained education focusing on digital culture change amongst youth for relevant policy makers, law enforcement agencies, education sector and staff working with children and youth, and the public, including both children and their parents;
22. *Invites* the IPU to schedule periodic meetings and workshops with the UN Special Rapporteur on the sale and sexual exploitation of children and with other stakeholders and global activists in the fight against this phenomenon, emphasizing global initiatives for preventing and tackling the problem; and also invites parliaments to exchange, through IPU activities, information regarding good practices and successful experiences in combatting online child sexual exploitation and abuse.